

Offener Brief an den Bürgermeister der Stadt Lage

Sehr geehrter Herr Liebrecht,

die Aussage der FWG auf den Wahlplakaten: „Für eine Stadt ohne Filz und Klüngel“ ist mehr als nur ein Slogan im Wahlkampf, ebenso wie die Forderung der BBL: „keine Hinterzimmerpolitik“. Trotz der Nähe des Wahltages, die uns den Vorwurf einbringen könnte, es ginge nur um Wahltaktik, müssen wir daher uns jetzt zugewandene Informationen sofort an die Öffentlichkeit bringen, da die Wählerinnen und Wähler einen Anspruch darauf haben, vor der Stimmabgabe über wesentliche Vorgänge Bescheid zu wissen, damit ihnen bewusst ist, wen und was sie am 30. August wählen.

Schon früher wurden von uns zu verschiedenen politischen Vorgängen in den letzten Jahren die Bedenken geäußert, hier gehe es nicht in erster Linie um das Allgemeinwohl, sondern um persönliche und geschäftliche Interessen bestimmter Ratsmitglieder und um eine politisch unhygienische Nähe zwischen Investoren, Projektentwicklern, Ratsmitgliedern und Verwaltung. Diese Bedenken wurden von der CDU -, SPD-, FDP – Koalition und auch von Ihnen als Bürgermeister immer polemisch zurückgewiesen und z.T. als infam und unverschämt bezeichnet.

Das war z. B. so bei den Planungen zum Moses – Brunnen, deren Umsetzung ja Mitglieder der FDP in außergewöhnlichem Umfang begünstigt hätte. Das war auch so bei den Beratungen über Auskiesungsgebiete, als ein Ratsmitglied der CDU im Ortstermin in eigener Firmensache den Ausschussmitgliedern die Vor- und Nachteile seiner Planungen erläuterte. Das letzte größere und öffentlich diskutierte Projekt ist das jetzt per Beschluss des Verwaltungsgerichts Minden vorläufig gestoppte West – Carre. Auch da wurde von FWG und auch BBL die zu große Nähe der Investoren zu Politik und Verwaltung immer wieder kritisiert. Und immer wieder wurde das in bekannter und oft erprobter Weise dementiert.

Der FWG- Fraktion sind jetzt Unterlagen übergeben worden, aus denen sich eindeutig ergibt, dass der Verdacht, es gehe in Lage politisch offenbar häufiger um private Interessen, absolut berechtigt war. Wir möchten Ihnen unsere Informationen zur Kenntnis geben und Sie fragen, wie Sie als noch amtierender Bürgermeister mit diesen Tatsachen, die Mitglieder Ihrer eigenen Partei betreffen, umgehen wollen. Der uns vorliegende Schriftverkehr erzeugt mehr als nur einen schlechten Beigeschmack, er demonstriert nach unserer Auffassung einen politischen Skandal.

Im Jahre 2003 wurde, was im Rahmen der normalen beruflichen Tätigkeit nicht zu beanstanden ist, von Ihrem bisherigen und auch jetzigen Wahlkampfmanager Herrn Wißbrock mit einem Kunden ein Vertrag über die Projektentwicklung zur Aufstellung eines Bebauungsplans abgeschlossen. Entsprechend der üblichen Konditionen hat Ihr Wahlkampfmanager, ausgerichtet an der Größe des Gebietes, ein entsprechendes Honorar berechnet und erhalten.

Ihr Wahlkampfmanager war zu dem Zeitpunkt zwar CDU - Mitglied, aber nicht als Mandatsträger tätig. Er hat sich dann vertragsgemäß bemüht, die Projektentwicklung voran zu treiben, und wie der Schriftverkehr belegt, mit dem Bauamt Kontakt aufgenommen. Bis dahin ist das Verfahren nicht zu rügen.

Problematisch wird es jedoch danach, nämlich in dieser Legislaturperiode, Ihrer ersten Amtszeit als Bürgermeister. Seitdem ist Herr Wißbrock nicht nur Ihr früherer und jetziger Wahlkampfmanager, sondern vor allem wieder aktiv für die CDU als Ratsmitglied und dort als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und als Vorsitzender eines wichtigen Ausschusses tätig. In diesen Funktionen hat er ausschließlich die Interessen der Bürger/innen der gesamten Stadt zu vertreten, keinerlei private oder geschäftliche Interessen dürfen hier sein Handeln bestimmen.

Und eben in dieser Zeitspanne aus der jetzt endenden Legislaturperiode teilt Herr Wißbrock seinem o. g. Kunden in dem der FWG übergebenen Schreiben u. a. Folgendes mit:

„Die Beratung des o.g. Bebauungsplanes ist nicht auf der Tagesordnung des letzten Bau- und Planungsausschusses genommen worden, weil einer der beteiligten Grundstückseigentümer einen eigenen Planungsvorschlag entwickelt hat, der jedoch aufgrund der verdichteten Bebauung keine Aussicht auf Zustimmung gehabt hätte.“

Im nächsten Absatz ist dann zu lesen:

„Ich habe daraufhin am 11. Mai d.J. mit dem Ausschussvorsitzenden Hempelmann ... einen Termin beim Planungsamt der Stadt Lage gehabt (Teilnehmer der Stadt.....).“

Wie Sie wissen, ist Herr Hempelmann nicht nur Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, sondern zugleich auch CDU-Fraktionsvorsitzender. Nach Ausführungen zum Ergebnis des Gespräches schreibt Herr Wißbrock weiter:

„Seitens des Ausschusses will sich Herr Hempelmann zuerst um eine breite Mehrheit bemühen und alsdann eine Abstimmung noch möglichst vor den Sommerferien erreichen.“

Das Schreiben schließt mit den Worten:

„Für telefonische Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung. Bitte unterbreiten Sie der Verwaltung und/oder Politik keine eigenen Vorschläge ohne vorherige Abstimmung mit mir.“

Auch wenn das Projekt später aus anderen Gründen gescheitert ist, ist schon bis hierher eine Verquickung zwischen privatgeschäftlichen Interessen und den Funktionen von Ratsherren und Ausschussvorsitzenden ganz offensichtlich. Sowohl wir als Ratsfraktionen als auch die Bürger/-innen in unserer Heimatstadt haben nicht nur einen Anspruch auf Aufklärung, sondern auch auf eine entsprechende Stellungnahme von Ihnen als Bürgermeister der Stadt Lage.

Wir fragen Sie daher öffentlich:

- Hatten Sie als Bürgermeister und CDU - Mitglied Kenntnis von diesen internen Absprachen und Vorgängen?
- Wie gedenken Sie jetzt damit umzugehen? Werden z. B. die Betroffenen in irgendeiner Weise zur Rechenschaft gezogen?
- Halten Sie einen Rücktritt der Personen von ihren jetzigen und von den zukünftig angestrebten Ämtern für geboten? Oder dürfen Ihrer Auffassung nach die Personen weiterhin die eigenen Interessen über die der Bürger stellen?
- Was würden Sie im Falle einer Wiederwahl tun, um derartige Machenschaften künftig zu verhindern?

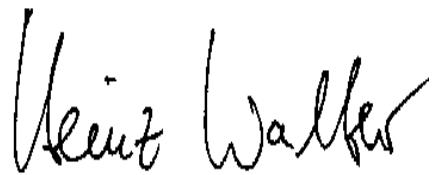
Die FWG- Fraktion hat aus Verantwortungsbewusstsein und im Hinblick auf doch erhebliche mögliche Auswirkungen bewusst die Fraktion der BBL einbezogen, weil beide Fraktionen seit Jahren für eine an den Interessen der Bürger ausgerichtete Politik eintreten. Die Mitglieder beider Fraktionen kommen eben nicht aus Parteien, deren Handeln immer wieder dem Klüngel und persönlichen und geschäftlichen Eigeninteressen untergeordnet wird, sondern aus uneigennütigen und überparteilichen Vereinen.

Wir dürfen Sie bitten, umgehend (also noch rechtzeitig vor der Wahl) öffentlich Stellung zu beziehen. Wie oben bereits gesagt: Die Wählerinnen und Wähler haben einen Anspruch darauf, zu wissen, wem sie ihre Stimme geben und welche Aktivitäten sie damit unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzende FWG - Lage



Fraktionsvorsitzender BBL - Lage